

Neue Wohnungsnot in Deutschland

KOSTEN Mieterbund fordert zehn Milliarden für bezahlbaren Wohnraum.

BERLIN/REGENSBURG. Deutschland hat aus Sicht des Deutschen Mieterbunds mit einer neuen Wohnungsnot zu kämpfen. „Die Menschen können das Wohnen zum Teil nicht mehr bezahlen“, sagte Präsident Franz-Georg Rips am Freitag in Berlin. Er forderte jährlich zusätzliche zehn Milliarden Euro aus staatlichen Mitteln, um den Neubau zu fördern und steigende Mieten abzufangen. Notwendig seien Steuererleichterungen für Bauherren, ein höheres Wohngeld und Zuschüsse für Energiespar-Sanierungen.

In Großstädten, Ballungszentren und an Hochschulstandorten fehlten 250 000 Wohnungen berichtete der Verband unter Berufung auf eine Untersuchung des Pestel-Instituts Han-

nover. 140 000 neue Wohnungen pro Jahr seien notwendig – doppelt so viele wie bisher. Bauherren sollten deshalb künftig vier statt bisher zwei Prozent der Kosten jährlich steuerlich abschreiben können, forderte Rips. Notwendig sei auch, die Innenstädte dichter zu bebauen.

Als nicht länger hinnehmbar schätzen der Mieterbund und der Mieterverein in Regensburg die angespannte Situation auf dem Wohnungsmarkt ein. „Das Einkommen der Menschen passt nicht mehr mit der Mietpreisentwicklung zusammen“, hatte Mietervereins-Vorsitzender Willibald Bauer bereits im Januar gewarnt. Der Mieterbund unter Kurt Schindler forderte den Stadtrat auf, dem Druck auf den Immobilienmarkt wirksam zu begegnen.

Die Wohnkostenbelastung der Haushalte sei auf Rekordniveau, hieß es beim Deutschen Mieterbund mit

Hinweis auf Zahlen des Statistischen Bundesamts. 2011 entfielen demnach 34,4 Prozent der Konsumausgaben der Haushalte auf Wohnen, Energie und Wohnungsinstandhaltung. Vor zehn Jahren waren es 32 Prozent. 100 000 neue Sozialwohnungen seien nötig.

Der Mieterbund fordert, dass Eigentümer bei Neuvermietungen höchstens zehn Prozent mehr als die

DIE PREISENTWICKLUNG

► **2011** gab ein Haushalt 775 Euro für Wohnen und Energie aus, 2005 waren es 697 Euro. Der Anteil an den Gesamtausgaben blieb relativ konstant bei einem Drittel. Das Leben wurde also insgesamt teurer.

► **In Städten** ist Wohnen deutlich teurer geworden. Die Zahl der Haushalte steigt, die 40-50 Prozent der Ausgaben für Miete/Nebenkosten aufwenden.

ortsübliche Vergleichsmiete verlangen dürfen. In bestehenden Verträgen sollen sie statt 20 Prozent in drei Jahren künftig maximal 15 Prozent in vier Jahren aufschlagen dürfen. Die Kosten für energetische Sanierungen sollen Mieter, Vermieter und Staat zu gleichen Teilen stemmen. Bislang darf der Eigentümer sie mit elf Prozent auf die Jahresmiete umlegen.

Rips sagte, der Staat müsse seine Förderung für die Energiewende von 1,8 Milliarden Euro auf 5 Milliarden Euro aufstocken. Viele Ausgaben für den Wohnungsbau würden sich durch zusätzliche Steuereinnahmen refinanzieren, argumentierte er. Das Problem beschränke sich auf die Städte, betonte der Mieterbund. „Es gibt unglaublich viele entspannte Wohnungsmärkte, sie sind sogar in der Mehrzahl.“ Der Staat dürfe aber die Infrastruktur in schrumpfenden Regionen nicht vernachlässigen. (dpa/wi)